

Haushaltsrede

von Petra Vogt,
Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion

am Montag, 22. März 2010

Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort.

Haushaltsrede 2010

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wir befinden uns in der schwersten Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg. Unser Haushalt wird buchstäblich zerrieben zwischen wegbrechenden Einnahmen, explodierenden Ausgaben und steigenden Kassenkrediten.

Für 2009 rechnet der Kämmerer mit einem Defizit von über 200 Mio. Euro. Unsere wichtige Steuerquelle, die Gewerbesteuer, ist 2009 dramatisch eingebrochen. Die wegfallenden Einnahmen können auch nicht durch die sich seit 2007 im Allzeithoch befindlichen Landeszuweisungen kompensiert werden. Bei den Ausgaben sind vor allem die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose, die Kosten der Jugendhilfe, die Grundsicherung im Alter sowie die Pflegehilfe für die Steigerung verantwortlich. Dies sind aber alles keine kommunalen Aufgaben, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgaben, das muss man an dieser Stelle auch deutlich betonen, meine Damen und Herren.

Sicherlich trifft die Krise Duisburg aufgrund des lange verschlafenen Strukturwandels in den siebziger, achtziger und auch noch neunziger Jahren sowie der enormen Schuldenaufnahme gerade auch in den Zeiten, in denen es Duisburg wirtschaftlich noch gut ging, besonders: Duisburg ist als montanindustriegeprägte Stadt von vielen Problemen, aber auch selbst zu verantwortenden Fehlern der Vergangenheit, ob jetzt durch die erschreckend hohe Langzeitarbeitslosigkeit oder politischen Altlasten, verfolgt. Die Fehler sind damals gemacht worden, größtenteils sehenden Auges. Wir müssen jetzt zusehen, dass wir die Trümmer der jahrzehntelangen desaströsen Finanzpolitik irgendwie aufsammeln, um die Zukunftsfähigkeit Duisburgs unter Beweis zu stellen. Das ist der Kern, die Zielrichtung, die die CDU-Fraktion anstrebt: Wir brauchen mehr Beschäftigung in dieser Stadt, wir brauchen mehr Unternehmen in der Stadt und vor allem brauchen wir mehr Unternehmer, Menschen, die Verantwortung dafür übernehmen, dass in dieser Stadt

etwas passiert und dadurch mehr Beschäftigung schaffen. Ohne neue Unternehmen kein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit. Ohne einen erfolgreichen Abbau der Arbeitslosigkeit aber, wird die Perspektivlosigkeit der Menschen ohne Arbeit auch auf diese unsere Stadt einbrechen! Und das ist das Schlimmste, was Kommunalpolitikern widerfahren kann.

Deswegen ist das uns hier vorliegende Haushaltssicherungskonzept von Rot-Rot-Grün, soweit man es überhaupt als Sicherungskonzept bezeichnen kann, Gift für die Zukunft unserer Kommune: Sie vergiften mit ihrer Gewerbesteueranhebung das Klima für neue Unternehmensansiedlungen in unserer Stadt. Sie bezeichnen es als sozial vertretbar, die Unternehmen zu belasten. Sie blenden jedoch dabei bewusst aus, dass dieses Vorgehen im höchsten Maße den Arbeitssuchenden in unserer Stadt gegenüber unsozial, wenn nicht gar zynisch ist. Denn sie nehmen ihnen sehenden Auges die Chance auf Beschäftigung und lassen sie weiter in Arbeitslosigkeit verharren, nur um mit den Millionen aus der Gewerbesteuer vermeintlich zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Sie erschweren mit ihren Steueranhebungen den möglichen Aufschwung, den diese Stadt nach der Überwindung der Finanzkrise haben könnte. Sie versäumen es, die Bürger beim Sparen mitzunehmen, weil sie die sogenannten Tränenlisten pauschal ablehnen, ohne den Bürgern einzugestehen, dass das bisherige, jahrzehntelang erprobte Finanzgebaren einfach nicht mehr in unsere Zeit passt. Das bedenkenlose Verteilen von Wohltaten für einzelne muss erst einmal auf Kosten anderer erwirtschaftet werden, oder – wie von den Damen und Herren der SPD jahrzehntelang praktiziert – auf dem Rücken der zukünftigen Generationen durch die zügellose Schuldenaufnahme gedeckt werden.

Wenn wir über die Vergangenheit sprechen, muss ich Ihnen auch sagen, dass es besonders ärgerlich ist, wenn die zuständige Aufsichtsbehörde jahrzehntelang diese ungezügelter Schuldenaufnahme geduldet und plötzlich ihr Interesse an der kommunalen Haushaltspolitik entdeckt hat, ohne die Grundprobleme, nämlich die mangelnde Finanzausstattung und zu hohe Ausgaben durch Aufgaben des Bundes und Landes, zu berücksichtigen. Hier kommt das „Überengagement“ des Regierungspräsidenten und SPD-Landtagskandidaten Jürgen Büssow deutlich zu spät. Und Sie wissen ja, meine lieben Kollegen links von mir: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!

Damit dürfte die Ist-Situation in Duisburg deutlich geworden sein. Wir müssen jetzt den Blick nach Vorne richten.

Was also ist zu tun?

Duisburg braucht die Hilfe von außen, das steht außer Frage. Wir brauchen verlässliche Einnahmen und wir brauchen eine Überprüfung aller kommunalen Aufgaben, die wir aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen des Landes, des Bundes und immer mehr auch der EU erledigen müssen. Die oben angesprochenen Leistungen wie die Kosten bei der Unterkunft, die Belastungen aus der Eingliederungshilfe, die Grundsicherung für Ältere sowie die immensen, jahrzehntelangen Beiträge für den Aufbau Ost sind für eine Stadt wie Duisburg nicht weiter leistbar. Wenn die übergeordneten Instanzen nicht jetzt die Notbremse ziehen und ein tragfähiges Konzept zur Rettung der kommunalen Finanzen vorlegen, ist der Absturz ins Bodenlose vorprogrammiert. Dann wird niemand mehr über ein Hilfspaket, Schuldenfond oder Staatsbeihilfe sprechen, dann bricht das ganze Kartenhaus in sich zusammen.

Wenn Bund und Land ein Interesse daran haben, dass es in Zukunft vitale Städte geben soll, müssen sie ihr Finanzgebaren deutlich ändern, eigentlich eine 180 Grad Wende

vollführen. Es kann nicht sein, dass Aufgaben auf Bundes- oder Landesebene beschlossen werden, wir aber – die ehrenamtlichen Politiker vor Ort – die Finanzierung und den Ärger abbekommen. Dabei spielt es überhaupt gar keine Rolle, welche unterschiedliche Farbenspiele gerade an der Macht sind. Vielmehr appelliere ich an diejenigen Duisburger, die in den Parlamenten sitzen und sitzen werden, dass sie nicht vergessen sollen, woher sie kommen. Nur weil man die Kirchtürme Duisburgs nicht mehr sehen kann, heißt das nicht, dass man vergessen muss, woher man kommt!

Wir können jedoch auch nicht auf der einen Seite um Hilfe von außen bitten und andererseits fleißig so weiter machen wie bisher. Das kommunale und übrigens parteiübergreifende Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ hat deswegen zu Recht - wie die CDU-Fraktion findet - auch eigene Sparanstrengungen als Zeichen eingefordert, bevor wir um fremde Hilfe bitten. Wenn man so, wie es in einzelnen Ausschüssen zugegangen ist, pauschal alle Einsparvorschläge ablehnt, aber noch nicht einmal den Mut hat, die Katze aus dem Sack zu lassen und zuzugeben, dass man, anstatt eigene Sparvorschläge zu entwickeln, ideenlos die Gewerbesteuer erhöhen will, dann kann ich das entweder nur unter der Kategorie „naiv und dumm“ oder „borniert und aufgeblasen“ ablegen: Wer glaubt, durch freiwillige Steuererhöhungen irgendwelche freiwillige Aufgaben in diesem oder gar nächsten Jahr retten zu können, hat die Zeichen der Zeit einfach nicht erkannt. Oder noch schlimmer, will sie nicht erkennen.

Wenn ich hier das rot-rot-grüne HSK durchblättere, bin ich davon überzeugt, dass viele von Ihnen, diese Zeichen nicht ansatzweise erkannt haben. Ich bezweifle sogar, dass sie sich überhaupt mit den einzelnen Maßnahmen im HSK ernsthaft befasst haben! Reflexartig lehnen Sie Maßnahmen ab, die sich die Verwaltung ja nicht willkürlich ausgedacht hat, sondern denen zumeist Benchmarks zugrunde liegen. Ohne zum Beispiel auch nur darüber nachzudenken, dass nach 10 oder mehr Jahren eine Beitragsanpassung bei der VHS und bei der Musikschule vielleicht gar nicht so falsch sein könnte. Sie leben weiter in ihrem Elfenbeinturm und glauben, alles wird sich schon zum Guten wenden, wenn wir nur lange genug daran glauben und einfach so weitermachen. Das, meine Damen und Herren, ist eindeutig falsch! Die Zeche für diese linken Träume zahlen nur leider nicht Sie, sondern die Bürger unserer Stadt, und das ist das wirklich Traurige an dieser ganzen Geschichte. Sie werden der Verantwortung, die die Bürger unserer Stadt uns als gewählte Ratsmitglieder gegeben haben, nicht gerecht.

Und hier kommen wir zum Knackpunkt der diesjährigen Haushaltsberatungen: Es geht darum, Verantwortung für die Stadt und die Bürger zu zeigen. Es geht nicht darum, mutwillig jahrzehntelang aufgebaute Strukturen kaputt zu machen oder einzelne Bevölkerungsgruppen, Interessensverbände oder Vereine zu beschädigen. Der ehemalige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel sagte einmal: „Wir Politiker reden dem Bürger zu oft nach dem Mund und nicht nach dem Kopf.“

Die Bürger unserer Stadt verlangen von uns als höchstes gewähltes Gremium Vorschläge, wie es in Zukunft weitergehen soll. Sie verlangen, dass gespart wird und nicht irgendwelche ominösen Luftbuchungen wie für eine mögliche Millionärssteuer oder angebliche Gewerbesteuerzinsen für nicht gezahlte Steuern plakativ eingestellt werden. Die Bürger haben ein Anrecht darauf, dass wir alle Aufgaben und Ausgaben prüfen und entsprechend der Maxime, die Zukunftsfähigkeit Duisburgs nicht zu gefährden, harte Einschnitte vornehmen, ohne auf jeden öffentlichen Protest Rücksicht zu nehmen. Wir müssen auch nach außen zeigen, dass wir, wenn wir externe Hilfe brauchen, auch harte

Einschnitte zu machen bereit sind und eben nicht pauschal alles ablehnen, ohne die Sinnhaftigkeit von einzelnen Sparvorschlägen überhaupt mal geprüft zu haben.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Vereine, Institutionen und Verbände in unserer Stadt auch in Zukunft gute Arbeit leisten können. Die CDU-Fraktion kann die Bedenken, Proteste und Widerstände einzelner Vereine gegen die Kürzungsvorschläge sehr gut nachvollziehen. Es ist nie leicht, sich von alten Gewohnheiten zu lösen. Aber leider ist es auch so, dass Manna nicht vom Himmel fällt und ebenso wie bei jedem von uns zuhause, das Geld erst hereinkommen muss, bevor es ausgegeben werden kann.

Auch Kunst und Kultur werden mit weniger städtischem Geld überleben müssen und können, dafür aber mit mehr Bürgerengagement und Sponsoring von Dritten.

Die CDU-Fraktion begrüßt deswegen ausdrücklich das enorme Engagement der Sparkasse, die mit ihren Stiftungen vielen in dieser Stadt helfen und noch helfen werden. Diese Entwicklung zeigt uns auch den zukünftigen Weg in der Kommunalpolitik auf: Wir werden wesentlich mehr Bürgerengagement, finanzielle Hilfe von Privatleuten und Unternehmen sowie interkommunale Kooperationen gerade in der Metropole Ruhr akquirieren müssen, um auf Dauer die kulturelle Basis Duisburgs zu sichern.

Wenn wir also jetzt nicht umsteuern, sowohl hier in Duisburg mit einem Sparpaket mit einschneidenden Maßnahmen, harten Kürzungen und viel Wehmut, und gleichzeitig Bund und Land ihrer Verantwortung den Kommunen gegenüber wie Duisburg nicht gerecht werden, wird es nur noch teurer. Günstiger als jetzt wird der Einstieg in den Ausstieg aus der kommunalen Schuldenfalle auch in Zukunft nicht sein! Wir müssen möglichst geschlossen und parteiübergreifend zeigen, dass wir bereit sind, harte Einschnitte vorzunehmen, gleichzeitig aber auch Hilfe von außen brauchen!

Der Rat muss nun seiner Verantwortung für die Bürger unserer Stadt gerecht werden. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass in dieser Stadt mehr Menschen Arbeit haben, weniger Schulden gemacht werden und vor allem eine realistische Betrachtung der derzeitigen Lage sich in unseren Köpfen als Ratsmitglieder festsetzen muss. Nur so schaffen wir es, die Zukunftsfähigkeit Duisburgs unter Beweis zu stellen und nach außen zu dokumentieren, dass wir uns der schlimmen Lage unserer Heimatstadt nicht nur bewusst sind, sondern auch entsprechend verantwortungsvoll handeln!

Abschließend möchte ich namens der CDU Fraktion im Rat der Stadt Duisburg all denen in der Verwaltung, die die schwierigen Aufgaben der Haushaltskonsolidierung und der Rationalisierung mittragen, danken. Das sind nicht nur der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer, sondern es sind all diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich konstruktiv und guten Willens an der Problemlösung beteiligen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!